Datum: 29. November 2023

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Schauen wir nun auf den Kanzler, auf Olaf Scholz. Am Telefon ist Kevin Kühnert, Bundestagsabgeordneter für die SPD, zugleich auch Generalsekretär der Regierungspartei, guten Morgen.

Kevin Kühnert: Einen schönen guten Morgen.

Küpper: Herr Kühnert, wie viel Respekt steckte in der Regierungserklärung des Kanzlers gestern?

Kühnert: Na, es ist der doppelte Respekt, einmal vor dem Parlament, dem Haushaltsgesetzgeber, diesem die Lage auch noch mal aus Sicht des Regierungschefs darzulegen und gleichzeitig natürlich vor die Öffentlichkeit zu treten und einzuordnen, welche Situation durch das Karlsruher Urteil vor zwei Wochen entstanden ist. Gleichzeitig aber in einer Situation, in der längst noch nicht alle durch das Urteil aufgeworfenen Fragen beantwortet werden können. Auch das ist gestern deutlich geworden. Mit einem Machtwort kann man nicht einen Bundeshaushalt fürs nächste Jahr herbeiführen.

Küpper: Aber wären nicht ein paar Visionen möglich gewesen?

Kühnert: Schauen Sie, wir haben eine Koalition, die besteht aus drei Parteien. Die hat mithin auch sehr unterschiedliche Vorstellungen – so ist das im politischen Raum – darüber, wie Haushaltsgesetzgebung aussehen sollte, wo Einsparvorschläge aufgebracht werden können, undsoweiter. Und es bringt jetzt nichts, wenn einer von den drei Partnern vor Abschluss von Verhandlungen vor die Öffentlichkeit tritt und seine Sicht auf die Dinge darlegt, nur, damit dann ein anderer Koalitionspartner fünf Minuten später im Interview sagt, dass er den Vorschlägen nicht zustimmt. Es muss jetzt

einfach verhandelt werden miteinander, aber bestimmt nicht im Plenum des Deutschen Bundestages.

Küpper: Also war es taktisch klug von Scholz, eher vage zu bleiben?

Kühnert: Alles andere wäre unseriös am gestrigen Tag gewesen, denn der Öffentlichkeit sollte man dann Verhandlungsergebnisse mitteilen, wenn ausverhandelt ist und nicht, wenn man selber nur eine Meinung hat.

Küpper: Wäre es denn nicht richtig gewesen, auch um Entschuldigung zu bitten für Fehler in der Vergangenheit, sozusagen als vertrauensbildende Maßnahme? Also Scholz‘ Vorgängerin, Angela Merkel, über die wurde ja auch viel gesagt, nicht nur Positives. Aber in einem waren sich fast alle einig. Es war ein starker Moment, als sie in der Corona-Pandemie nach der Entscheidung für eine Osterruhe öffentlich dafür um Entschuldigung gebeten hat. Fehlt Scholz diese Größe?

Kühnert: Nein, die Größe fehlt ihm überhaupt nicht. Aber ich glaube, bei einem solchen Instrument wie der Entschuldigung oder der Bitte um Entschuldigung muss man auch aufpassen, dass sie sich nicht auf eine komische Art abnutzt. Das, was Karlsruhe jetzt am Ende gekippt hat, hat ja niemand willentlich herbeigeführt. Hier ist ja nach bestem Wissen und Gewissen und übrigens auch mit viel fachlicher Expertise, die damals andere Entscheidung und andere rechtliche Einschätzung dargelegt hat, zu dieser Art der Haushaltsbewirtschaftung gekommen worden. Und es gibt nun auch nicht wenige im politischen Raum, die zumindest Teile dieses Urteils doch auch sehr stark überrascht haben, was die starke Betrachtung von Jährigkeit und Jährlichkeit angeht, die nun mal eine echte Herausforderung ist bei Krisen, die im Moment regelmäßig die einzelnen Haushaltsjahre überlagern.

Küpper: Aber die Zweifel am Kanzler, die wachsen ja, auch der Zuspruch in der Öffentlichkeit. Und Katharina Dröge, die Fraktionschefin der Grünen, die hat gestern gesagt, das war für niemanden gut, dass wir das falsch eingeschätzt haben. Wären das nicht eigentlich die Worte gewesen, die der Kanzler hätte finden müssen?

Kühnert: Na, und was folgt dann daraus? Die Hauptaufgabe ist doch jetzt, dass das aufgelöst werden muss.

Küpper: Na ja, man erkennt, dass der Kanzler eine gewisse Einsicht und Reflektion hat. Das fehlt scheinbar jetzt.

Kühnert: Die Einsicht und Reflexion, die ist doch erst mal im Rechtsstaat dadurch gegeben, dass man selbstverständlich die Urteile des höchsten Gerichts anerkennt und nach ihnen handelt. Das ist ja genau das, was jetzt zu passieren hat. Außerdem hat der Bundeskanzler gestern wichtige Sicherheiten, auch politischer Art, auch für die Menschen in Deutschland, gegeben, indem er zum Beispiel vielen, die gar nicht überblicken, über was wir da im Moment diskutieren, noch mal deutlich gemacht hat, dass der Staat nicht nur willens, sondern auch in der Lage ist, auch rechtlich alle seine Verpflichtungen einzugehen, dass diejenigen, die auf Rentenzahlungen angewiesen sind, auf BAföG, auf anderes mehr, dass die ganz beruhigt im Moment schlafen können, weil es gar keine Probleme mit ihren Leistungen gibt. Er hat auch deutlich gemacht, dass wenn jetzt rechtlich die Energiepreisbremsen zum Jahresende auslaufen, das nicht bedeutet, dass das Versprechen der Bundesregierung, dass im Falle von explodierenden Energiepreisen Unternehmen und Haushalten geholfen wird, dass dieses Versprechen aus dem Sommer 2022 weiter gilt. Das sind doch wichtige politische Versicherungen an Leute, die einfach in den letzten Tagen Unsicherheiten empfunden haben.

Küpper: Aber gerade das Ende dieser Energiepreisbremsen zum Jahresende, das dürfte Sie ja persönlich überrascht haben, denn Sie haben ja am Montag noch gesagt, nachdem Christian Lindner, der Bundesfinanzminister das ja schon angekündigt hatte, dass das nicht so kommen werde, dass man das Ganze bis März nächsten Jahres weiterführen werde.

Kühnert: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Bundesfinanzminister mit seiner Äußerung eine Entscheidung der Regierung nahegelegt hat, die es nicht gibt. Der Bundesfinanzminister hat die Rechtslage wiedergegeben, nämlich, dass die Preisbremsen über den WSF abgesichert sind. Der läuft Ende des Jahres aus. Damit gibt es sie dann in der Form nicht mehr. Und einen Haushalt fürs neue Jahr gibt es noch nicht. Daher war auch nicht klar, ob darin Preisbremsen sein

werden. Seit gestern gibt es nun ein politisches Wort des Bundeskanzlers. Der hat den Leuten klargemacht, wenn in dieser Heizperiode wider Erwarten und Entgegen der aktuellen Marktpreissituation, die Energiepreise noch mal durch die Decke gehen, dann wird die Politik wieder handeln. Das ist für die Sozialdemokratie die wichtige Einlösung eines Versprechens an die Bürgerinnen und Bürger.

Küpper: Wie sollen die Versprechen im kommenden Jahr dann gedeckt sein oder gedeckt werden?

Kühnert: Das ist jetzt genau Gegenstand der Verhandlungen in der Koalition. Wir haben ein viele Milliarden großes Loch in den Planungen für den Haushalt 2024. Es ist ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag, über den dort im Moment gesprochen wird. Und ich halte einfach jetzt mal nach zwei Wochen der Diskussion über das Karlsruher Urteil fest, dass alle politischen Kräfte, alle wissenschaftlichen Expertisen und was da sonst im öffentlichen Raum kursiert, dass niemand auch nur ansatzweise Sparvorschläge vorgelegt hat, die dieser Größenordnung gerecht werden. Und vielleicht kann man daher einfach mal als Zwischenstand festhalten, über bloße Einsparungen im Kernhaushalt und bei den Investitionsvorhaben des Bundes wird das nicht zu füllen sein. Und deswegen ist es der Standpunkt der sozialdemokratischen Partei in dieser Koalition, dass wir um die Nutzung der Notlage im Rahmen der Schuldenbremse auch für das kommende Kalenderjahr und das kommende Haushaltsjahr nicht vorbeikommen werden.

Küpper: Da ist der Plan? Wird das heute Abend besprochen im Koalitionsausschuss? Also, die SPD ist dafür, erneut eine Notlage auszurufen und die Schuldenbremse auch im kommenden Jahr zu umgehen?

Kühnert: Das ist, glaube ich, auch keine Neuigkeit. Das haben wir die letzten Tage immer wieder deutlichgemacht und man kann es in der Sache ja auch ganz klar begründen. Sicherlich wird das …

Küpper: Wie denn?

Kühnert: Bitte?

Küpper: Wie denn?

Kühnert: Na ja, schauen Sie sich an, wie die Begründung jetzt für das laufende Haushaltsjahr 2023, wo wir ja im Nachtrag gerade noch die Notlage beschließen, wie die begründet ist oder auch wie Bundesländer wie Schleswig-Holstein es letzte Woche in ihrem Landtag gemacht haben. Der Bezug geht vor allem auf den Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen sowohl in den Hilfeleistungen, die geleistet werden müssen als auch in den ökonomischen und geostrategischen Ableitungen daraus, dass wir unabhängiger werden müssen, und dass sich damit Kosten verbinden. Das ist anhand von verschiedenen Aspekten, ob das jetzt Preisbremsen waren, ob das Unterstützung für Kriegsgeflüchtete ist.

Küpper: Aber, Herr Kühnert, verzeihen Sie, wenn ich Sie da unterbreche. Aber das heißt, solange dieser Ukraine-Konflikt läuft, so lange wird die Schuldenbremse ausgesetzt werden?

Kühnert: Nein, das würde ich so nicht sehen, denn das legt auch das Urteil aus Karlsruhe nicht nahe. Karlsruhe hat ja deutlich gemacht, dass es ein paar Kriterien gibt, die für die Ausnahmesituation bei der Schuldenbremse leitend sind. Es soll sich um äußere Umstände handeln, die auf unsere Gesellschaft einwirken. Das muss mit Kosten verbunden sein und diese Ereignisse dürfen nicht langfristig absehbar und damit planbar gewesen sein. Und nun liegt es in der Natur der Dinge, dass wenn Krisensituationen lange anhalten, irgendwann auch eine Form von Planbarkeit dabei entsteht. Aber dieser Krieg, der geht noch keine zwei Jahre und dementsprechend halte ich das für die aktuelle Situation für eine absolut statthafte Begründung.

Küpper: Das heißt, die Ampelkoalition kann Krisen nur managen, wenn immer mehr Geld da ist oder Geld genommen wird?

Kühnert: Na, es ist doch einfach so, dass Kosten dadurch im Moment entstehen, die zum Beispiel beim Abschluss des Koalitionsvertrages vor zwei Jahren nicht absehbar

gewesen sind. Die hätten wir uns auch alle gerne erspart. Dass große Milliardensummen, sowohl für die humanitäre Hilfe, für Waffenlieferungen, für die Versorgung von einer Million Kriegsgeflüchteten aufgebracht werden müssen, aber das ist doch Realität. Und ich kenne auch keine demokratische und verantwortungsvolle Kraft in unserem Land, die bereit wäre, diese Unterstützung jetzt zu beenden. Also, insofern wird ja hier nicht getrickst. Hier wird nicht irgendetwas an den Haaren herbeigezogen.

Küpper: Na ja, Christian Lindner hat im Juli dieses Jahres gesagt, es besteht keine außergewöhnliche Notlage im Jahr 2023.

Kühnert: Ja, das ist eben eine Aussage von Christian Lindner.

Küpper: Der immerhin Bundesfinanzminister ist.

Kühnert: Absolut, das ist so. Und auch unser Koalitionspartner. Aber trotzdem darf man ja auch über einen Koalitionspartner sagen, dass man sich bei dem vielleicht manchmal des Eindrucks erwehren kann, dass der Blick auf das Instrument der Schuldenbremse auch aus einer, ja politisch sehr tiefgreifenden Überzeugung getragen ist, und dass das vielleicht auch manchmal in die Sphäre eines Glaubenssatzes ein bisschen übergeht.

Küpper: Aber eine Reform wird es nicht geben. Das hat CSU-Chef Markus Söder gerade eben hier im Deutschlandfunk klargestellt. Er sagt, er macht da nicht mit und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht auch nicht mit. Also, eine Zweidrittelmehrheit bekommen Sie da nicht.

Kühnert: Ich bin auch sehr dafür, diese Diskussionen voneinander zu trennen. Jetzt geht es fürs kommende Haushaltsjahr darum, ob wir eine Verständigung bekommen, die in der Schuldenbremse, in der bestehenden Schuldenbremse verankerte Möglichkeit einer Ausnahme zu nutzen für eine Notlage. Daneben läuft eine politische Diskussion in Deutschland darüber, ob die Schuldenbremse im Grundsatz reformiert werden muss. Dafür gibt es auch Sympathien in der Sozialdemokratie. Das wird uns aber für den Haushalt 2024 nicht helfen. Da würde ich auch der Union raten, dann

vielleicht die besinnlichen Feiertage und die Zeit zwischen den Jahren zu nutzen, noch mal Einvernehmen miteinander herzustellen. Herr Söder hat sich jetzt so wie Herr Merz gestern geäußert. Damit stehen die aber ziemlich allein. Herr Merz hat ja in einer bemerkenswerten Rede …

Küpper: Das sind ja die entscheidenden beiden.

Kühnert: Na, da sind schon noch ein paar andere Ministerpräsidenten. Es geht ja auch um Mehrheiten im Bundesrat. Herr Merz hat sich ja genötigt gesehen, seinen eigenen Parteifreund und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, gestern am Pult des Deutschen Bundestages abzumeiern. Und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, gerade mit Blick auf Merz, dass das ein bisschen jetzt auch der Unterschied zwischen denen in Verantwortung für das Land und die Menschen ist auf der einen Seite, die durchaus sich da offen zeigen für Reformen in manchen Ländern und auf der anderen Seite demjenigen, der – wie Friedrich Merz – vor allem Verantwortung für parteitaktischen Fragen der CDU trifft.

Küpper: Herr Kühnert, im Bund stehen Sie nun, die SPD und die Koalitionspartner, in der Verantwortung. Wie viel Zeit bleibt denn noch für den Haushalt 2024, bis der aufgestellt werden muss?

Kühnert: Wir haben deutlichgemacht, dass wir gerne einen Abschluss dieses Haushaltes noch in diesem Jahr vornehmen wollen. Wir haben keine …

Küpper: Ist das realistisch?

Kühnert: Na ja, das würde bedeuten, dass wir in jetzt kaum mehr als einer Woche einen Haushaltsentwurf aus der Bundesregierung brauchen, damit mit den entsprechenden beschleunigten Verfahren dann im Deutschen Bundestag das alles noch zu Ende gebracht werden kann.

Küpper: Also nein, denn Scholz hat ja gesagt, das soll sorgfältig geschehen.

Kühnert: Ich weiß, dass alle Beteiligten sich dafür umfänglich die Kalender in den nächsten Tagen freigeräumt haben, und dass im Moment rund um die Uhr verhandelt wird. Wenn es gelingt, ist es gut. Ansonsten geht es eben am Ende in die vorläufige Haushaltsführung und der Abschluss muss später erfolgen. Ich glaube weiterhin, das wäre keine allzu gute Botschaft. Daher werden es jetzt sehr kurze Nächte werden.

Küpper: Heute Morgen live hier im Deutschlandfunk Kevin Kühnert, der Generalsekretär der Regierungspartei SPD. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Kühnert: Ich danke Ihnen.